

LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN

PRESSEMITTEILUNG

Sperrfrist: Dienstag, 3. Mai 2022 (13.00 Uhr)

Petitionsausschuss zieht Bilanz für 2021

Der Petitionsausschuss hat dem Landtag seinen Bericht für das Jahr 2021 vorgelegt. „Mit unserem Jahresbericht vermitteln wir den Abgeordneten ein Bild unserer Tätigkeit, das für ihre parlamentarische Arbeit sehr wertvoll sein kann. Denn kein anderer Ausschuss des Landtages hat so viel Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern wie der Petitionsausschuss“, so Thomas Krüger, Vorsitzender des Petitionsausschusses anlässlich der Vorstellung des Berichtes auf der Landespressekonferenz in Schwerin.

367 Petitionen gingen im Jahr 2021 beim Petitionsausschuss ein. In 16 Fällen handelte es sich um Sammelpetitionen, die von mehreren Menschen gemeinsam eingereicht wurden. So schlossen sich mehr als 1 700 Menschen der Forderung einer Bürgerinitiative an, die Lindenallee in dem in Nordwestmecklenburg gelegenen Ort Stove zu erhalten. 13 388 Menschen unterstützten die Petition, mit der eine Änderung der Corona-Kindertagesförderungsverordnung gefordert wurde. Diese hatte seinerzeit vorgesehen, dass Kinder mit Schnupfensymptomen nur dann in einer Kita betreut werden dürfen, wenn sie einen negativen PCR-Test vorweisen können. Zählt man alle Unterschriften und Online-Mitzeichnungen zusammen, wandten sich mehr als 40 000 Menschen an den Petitionsausschuss.

Der thematische Schwerpunkt 2021 lag wie schon im Vorjahr in der Corona-Pandemie, zu der allein 109 Petitionen eingingen. Vor allem das Einreiseverbot nach Mecklenburg-Vorpommern und die Auswirkungen der Maßnahmen auf Kinder und Jugendliche wurden kritisiert. Doch auch andere Themen bewegen die Menschen hierzulande: 20 Petitionen betrafen die Belange von Menschen mit Behinderungen. Hier wurde vor allem der neue Landesrahmenvertrag für Leistungen der Eingliederungshilfe kritisiert. Die darin enthaltene Vergütungsregelung führt möglicherweise dazu, dass die in den Behindertenwerkstätten betreuten Menschen nicht mehr als 20 Tage Urlaub nehmen können, ohne zusätzliche Kosten tragen zu müssen. 13 Petitionen betrafen den Justizvollzug, insbesondere die Haftbedingungen. 12 Petitionen richteten sich gegen die Abschiebung gut integrierter Ausländer.

1 630 Petitionen hat der Petitionsausschuss im Jahr 2021 abgeschlossen; mehr als 1000 dieser Petitionen richteten sich gegen den geplanten Bau von Windkraftanlagen in der Friedländer Großen Wiese. In 36 Fällen wurde dem Anliegen der Petenten in vollem Umfang entsprochen. 27 Petitionen hat der Landtag der Landesregierung überwiesen, weil der Petitionsausschuss hier einen Handlungsbedarf festgestellt hat. So beispielsweise die Petition einer Bürgerinitiative, die sich gegen die geplante Bebauung des Borner Holms auf dem Darß wandte, oder die Forderung, in der Nähe eines Spielplatzes die dort zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h zu reduzieren. Um Initiativen der Landesregierung anzuregen, überwies der Landtag die Petition für eine bessere Unterstützung von Ehrenamtlern, die in Ausübung ihres Amtes bedroht werden, sowie die Petition, mit der eine insektenfreundliche Bewirtschaftung der Straßenränder gefordert wird.

„Unsere Arbeit zeigt immer wieder, dass sich die Menschen mit einer Petition in die politische Meinungsbildung einbringen können. Auch lassen sich behördliche Entscheidungen überprüfen und gegebenenfalls korrigieren“, so Thomas Krüger. Der Ausschussvorsitzende wird den Jahresbericht in der kommenden Sitzungswoche im Mai im Landtag vorstellen.

verantwortlich: LSG/SG 1/DL/2022-05-03

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Pressestelle -
Schloss, Lennéstraße 1
19053 Schwerin
Fon: 0385 / 52 52 149
Fax: 0385 / 52 52 616
Mail: Pressestelle@Landtag-MV.de